

FS1 Freiheit sichern - Polizei demokratisieren!

Gremium:	Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern
Beschlussdatum:	22.04.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 06 Schwerpunkt Innenpolitik: Freiheit sichern!
Status:	Modifiziert

1 Auch in Bayern konnten zuletzt Gesetzesverschärfungen und eine Autoritarisierung
 2 der Innenpolitik beobachtet werden. In einer Welt, die zumindest gefühlt immer
 3 komplizierter wird, versuchen vor allem konservative und nationalistische
 4 Politiker*innen, allen voran die CSU, mit möglichst einfachen Forderungen das
 5 „Sicherheitsgefühl“ der Bevölkerung wiederherzustellen. Immer weitere
 6 "Sicherheitsgesetze" in engen Abständen schaffen jedoch nicht mehr Sicherheit,
 7 sondern sind nur Aktionismus und schüren die Ängste vor Kriminalität und
 8 Terrorismus. Das jüngste dieser Gesetzesvorhaben ist das neue bayerische
 9 Polizeiaufgabengesetz, das die CSU zurzeit vorantreibt. Die GRÜNE JUGEND Bayern
 10 dagegen setzt sich für eine demokratische und bürger*innennahe Polizei ein.

11 Bürger*innennahe Polizei statt Polizeiwillkür!

12 Wir wollen eine Polizei, die Grund- und Bürger*innenrechte achtet. Als
 13 Inhaber*innen der staatlichen Gewalt müssen sich alle Polizist*innen ihrer
 14 Verantwortung bewusst sein. In diesem Zusammenhang muss vor allem die Kontrolle
 15 der Polizei gestärkt werden, um einen Machtmissbrauch durch Polizist*innen
 16 wirkungsvoll ausschließen zu können. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die
 17 Einführung eines*r unabhängigen Polizeibeauftragte*n, die*r an den bayerischen
 18 Landtag angegliedert werden soll. Ihm*r soll eine unabhängige Behörde
 19 unterstellt werden, die landesweit für alle Ermittlungen zuständig ist, bei
 20 denen Polizist*innen unter dem Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben. Um
 21 insbesondere bei Großeinsätzen eine nachträgliche Identifizierung von
 22 Polizist*innen zu ermöglichen, müssen alle Polizeibeamt*innen mit einer anonymen
 23 Nummernkennzeichnung - auf Wunsch auch mit Namen - ausgestattet werden.

24 In den letzten Jahren wurde die Polizei mit immer weitreichenderen Befugnissen
 25 ausgestattet. Einsatzschwellen wurden gesenkt, neue Einsatzmittel erlaubt und
 26 Befugnisse erweitert. So wurden für die Polizei in Sachsen und Hamburg
 27 Panzerfahrzeuge beschafft, in Würzen das SEK bei einer Demonstration zur
 28 "Sicherung" eben dieser eingesetzt und in Bayern geplant, der Polizei den
 29 Einsatz von Explosivwaffen wie Handgranaten deutlich zu vereinfachen. Diese
 30 Militarisierung der Polizei lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ab, da sie in einen
 31 Widerspruch zum Konzept einer bürger*innennahen Polizei darstellt. Zudem muss
 32 eine Debatte darüber angestoßen werden, inwieweit das Tragen von Schusswaffen
 33 durch Polizeibeamt*innen im öffentlichen Raum notwendig ist.

34 Gerade auf Demonstrationen wird zurzeit oft Pfefferspray durch die Polizei
 35 eingesetzt, teilweise mit einer extrem niedrigen Einsatzschwelle. Dieses
 36 Einsatzmittel fügt den Opfern nicht nur immense Schmerzen zu, sondern kann unter
 37 Umständen auch tödlich enden. Deswegen ist Pfefferspray im Genfer Protokoll als
 38 Kampfstoff international geächtet. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert ein Verbot
 39 von Pfefferspray im Polizeieinsatz. Ebenso lehnen wir die Einführung von
 40 Elektroschockwaffen, sogenannten Teasern, für die Polizei ab, da die

41 Hemmschwelle, diese auch in Situationen einzusetzen, in denen ein Einsatz
42 eigentlich nicht geboten wäre, äußerst gering ist. Auch Teaser können den
43 Betroffenen schwere und sogar tödliche Verletzungen zufügen.

44 Wir lehnen darüber hinaus die Aufrüstung von Sicherheits- und
45 Ordnungsdienstmitarbeiter*innen ab und fordern deren Abrüstung, denn das
46 Gewaltmonopol muss beim Staat liegen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt die
47 derzeitige massive Aufstockung von Schlagstöcken, denn sie fördern die unnötige
48 Gefahr von schweren Verletzungen und Tötungen bei alltäglichen Einsätzen. Es
49 müssen zudem Abgabestellen geschaffen werden, bei denen private Waffen
50 unkompliziert und straffrei abgegeben werden können. So reduzieren wir den
51 Gesamtbestand an Waffen in der Bevölkerung.

52 USK auflösen!

53 Insbesondere bei Großlagen wie Demonstrationen oder Fußballspielen wird in
54 Bayern das Unterstützungskommando der Bereitschaftspolizei eingesetzt. Dieses
55 ist eine Spezialeinheit, die oft auch als Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit
56 eingesetzt wird. Angehörige des USK sind in den vergangenen Jahren vor allem
57 gegenüber linken Demonstrant*innen immer wieder extrem gewalttätig aufgetreten.
58 Eine Verfolgung von Straftaten dieser Polizeibeamt*innen scheitert regelmäßig am
59 Corpsgeist in den Einheiten. Zudem konnte immer wieder eine gefährliche Nähe von
60 Mitgliedern des USK zu rechtsextremen Positionen und Gruppierungen festgestellt
61 werden. Die Probleme des USK sind strukturell bedingt und können auch nicht
62 durch bessere Ausbildung oder Schulungen behoben werden. Eine solche Einheit hat
63 bei einer bürger*innennahen Polizei nichts verloren. Die GRÜNE JUGEND Bayern
64 fordert deswegen die Auflösung des USK.

65 PAG-Novellen rückgängig machen!

66 Die schon bestehenden Befugnisse der bayerischen Polizei sollen mit der zweiten
67 Novelle des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) innerhalb eines Jahres massiv
68 ausgeweitet werden. Schon mit der PAG-Novelle im Juli 2017 wurde mit der
69 Einführung des Begriffs der "drohenden Gefahr" die Grundlage für präventive
70 polizeiliche Maßnahmen allein aufgrund der Gesinnung der Betroffenen geschaffen.
71 Diese neue polizeirechtliche Kategorie ermöglicht eine starke Absenkung der
72 Schwelle für massive Eingriffe der Polizei in Grund- und Bürger*innenrecht.
73 Beispielsweise können Menschen seit Juli 2017 quasi unbegrenzt präventiv in Haft
74 genommen werden. Problematisch ist dabei insbesondere der präventive Charakter
75 der Befugnisse. Wir wollen keinen "Prepolicing"-Staat, in dem die Polizei
76 schlimmstenfalls auf der Basis von Statistiken Grundrechtseingriffe vornehmen
77 kann. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Kategorie der drohenden Gefahr deswegen
78 ab und setzt sich für ihre Abschaffung ein. Darauf aufbauend wird zurzeit an der
79 zweiten Novelle des PAG gearbeitet, die am 25. Mai 2018 in Kraft treten soll. Im
80 Zuge dessen möchte die CSU die Polizei mit Geheimdienstbefugnissen und weiteren
81 Kompetenzen ausstatten: beispielsweise soll die Polizei Menschen ohne
82 richterliche Vorkontrolle zur Abgabe von DNA-Proben zwingen können oder
83 Handgranaten mit niedriger Einsatzschwelle einsetzen dürfen. Zudem soll bei
84 Videoüberwachung automatische Gesichtserkennung eingeführt werden.
85 Demonstrationen sollen anlasslos videoüberwacht werden dürfen - auch mit
86 Drohnen. Damit würde das Demonstrationsrecht faktisch eingeschränkt. Die Polizei
87 könnte ohne den konkreten Verdacht auf eine Straftat Briefe öffnen,
88 elektronische Daten der Betroffenen auslesen und sogar verändern. Das bestehende

89 Auskunftsverweigerungsrecht bestimmter Berufsgruppen wie Journalist*innen soll
90 drastisch eingeschränkt werden. Solcherlei Befugnisse für die Polizei und
91 Überwachungsmaßnahmen lehnen wir entschieden ab. Wir wollen eine freie
92 Gesellschaft, die Wahrung der Grundrechte und keinen Überwachungsstaat! Die
93 GRÜNE JUGEND Bayern fordert den bayerischen Landtag auf, dieses Gesetz nicht zu
94 beschließen. Sollte der Landtag das Gesetz wie zu erwarten verabschieben, werden
95 wir uns dafür einsetzen, dass es sobald wie möglich rückgängig gemacht wird und
96 Klagen gegen das Gesetz nach Möglichkeit unterstützen.

97 Verbot von Racial Profiling ins PAG!

98 Trotz der gerichtlich festgestellten Rechtswidrigkeit solcher Maßnahmen wird
99 auch in Bayern immer noch Racial Profiling angewandt. Dabei kontrolliert die
100 Polizei gezielt nicht-weiße Menschen allein aufgrund ihres Aussehens oder ihrer
101 angenommen Herkunft. Diese Vorgehensweise muss umgehend enden! Die GRÜNE JUGEND
102 Bayern fordert daher, ein Verbot von Racial Profiling explizit ins
103 Polizeiaufgabengesetz aufzunehmen und Zuwiderhandlungen zu verfolgen. Außerdem
104 müssen Polizeibeamt*innen dafür sensibilisiert werden, welche Verhaltensweisen
105 rassistisch und deswegen zu unterlassen sind. Zudem sollten verdachtsunabhängige
106 Kontrollen wie die sogenannte Schleierfahndung nur noch in einem sehr eng
107 gesteckten Rahmen bei Hinweisen auf eine konkrete Gefahr in einem begrenzten
108 Gebiet zulässig sein. Die Ausweisung großräumiger "Gefahrengebiete" lehnt die
109 GRÜNE JUGEND Bayern ab.

110 Grenzkontrollen an den bayerischen Außengrenzen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern
111 ebenso wie die Einführung einer bayerischen Grenzpolizei ab. Genauso stehen wir
112 Einsätzen der Bundeswehr im Inneren ablehnend gegenüber.

113 Für sachliche und politisch neutrale polizeiliche Öffentlichkeitsarbeit!

114 Mit Sorge betrachtet die GRÜNE JUGEND Bayern die Entwicklung der polizeilichen
115 Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere im Zusammenhang mit den sozialen Medien.
116 Viel zu oft entsteht der Anschein, dass die Polizei als politische Akteurin
117 auftreten möchte. Dies ist insbesondere beim Umgang mit linken Demonstrationen
118 und nicht-deutschen Menschen zu beobachten. Zum Teil werden dabei auch
119 stigmatisierende und diskriminierende Begriffe wie "Nafri" verwendet oder - wie
120 zum Beispiel bei der Räumung des Hausprojekts Friedel 54 in Berlin - vorschnell
121 Behauptungen aufgestellt, die sich später als falsch erweisen, zuvor aber von
122 vielen Medien und Beobachter*innen übernommen und verbreitet werden. Die GRÜNE
123 JUGEND Bayern fordert deswegen die Polizei zu einem defensiven und
124 verantwortungsbewussten Umgang mit den sozialen Medien auf! Es dürfen unter
125 keinen Umständen diskriminierende Äußerungen von offiziellen Plattformen der
126 Polizei getätigt oder Informationen als Tatsachen verbreitet werden, bevor diese
127 gerichtsfest gesichert sind.

128 Für ein Versammlungsfreiheitsgesetz statt der Verschärfung des
129 Versammlungsrechts!

130 Zuletzt wurde die Demonstrationsfreiheit durch die Verschärfung der §§ 113 bis
131 115, 125 und 323c StGB, mit denen durch massive Strafandrohung für
132 Bagatelldelikte einen besseren Schutz für Einsatzkräfte bewirkt werden sollte,
133 im Frühjahr 2017 spürbar eingeschränkt. Im Nachgang der G20-Proteste wurde von
134 den Unions-Innenminister*innen dann gefordert, den Straftatbestand des
135 Landfriedensbruchs derart zu ändern, dass man bereits belangt werden könnte,

136 wenn man sich an einer Demo nur beteiligt, aus der beispielsweise ein Stein
137 geworfen wird. Das würde defacto einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit
138 gleichkommen. Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt diese Versuche der
139 Einschränkung von elementaren Grundrechten der Demokratie! Die Verschärfung der
140 §§ 113 bis 155, 125 und 323c StGB muss rückgängig gemacht werden. Weitere
141 Gesetzesverschärfungen, die sich negativ auf die Versammlungsfreiheit auswirken,
142 lehnen wir entschieden ab. Stattdessen fordern wir ein
143 Versammlungsfreiheitsgesetz, das die Durchführung von Demonstrationen und
144 Versammlungen erleichtert. Wir wollen den zurzeitigen Straftatbestand der
145 Vermummung bei Demonstrationen auf eine Ordnungswidrigkeit zurückstufen, um der
146 Polizei einen Ermessensspielraum bei der Verfolgung zu geben. Das Verbot,
147 Vermummungsgegenstände auf Demonstrationen lediglich mitzuführen, aber nicht zu
148 benutzen, muss aufgehoben werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert darüber hinaus
149 ein Verbot des Einsatzes von Wasserwerfern bei Temperaturen unter 0 °C. Bei der
150 Ausbildung der Polizei sollte in Bezug auf Versammlungen und Großereignissen wie
151 Fußballspiele das Hauptaugenmerk auf Deeskalation liegen. Polizeiliche
152 Einsatzkonzepte, die von vornherein darauf ausgelegt sind, Demonstrationen nicht
153 laufen zu lassen, lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern entschieden ab!

154 Kein Missbrauch technischer Möglichkeiten!

155 Im Januar lief das Modellprojekt zur Videoüberwachung mit automatischer
156 Gesichtserkennung am Berliner Südkreuz aus. Nun soll das Projekt um weitere
157 sechs Monate verlängert werden. In diesem Test soll die Software aus Bildern von
158 Menschen diese wiedererkennen, falls sie sich im Bereich des Bahnhofs aufhalten.
159 Auch in Bayern soll die automatische Gesichtserkennung mit der Videoüberwachung
160 kombiniert werden. Wir sehen darin einen schwerwiegenden Eingriff in die
161 Grundrechte aller Bürger*innen, denn auch die Gesichter von nicht gesuchten
162 Personen wird gescannt. Dadurch lassen sich theoretisch Bewegungsprofile für
163 alle Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen, erstellen. Zudem ist die
164 Zahl "falscher Treffer" erschreckend hoch: es werden überwiegend Menschen als
165 gesucht identifiziert, die es gar nicht sind. Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt
166 deswegen anlasslose Videoüberwachung ab und fordert ein Verbot der Nutzung von
167 Software zur automatischen Gesichtserkennung Software zur Analyse von
168 Videomaterial. Darüber hinaus lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern auch jede Art von
169 Vorratsdatenspeicherung ab. Vorratsdatenspeicherung stellt einen enormen
170 Eingriff in die Privatsphäre unbescholtener Bürger*innen dar. Trotz Löschfristen
171 kann nie sichergestellt sein, ob die Daten wirklich gelöscht wurden oder ob sie
172 vorher nicht kopiert wurden.

173 Sicherheitslücken gehören geschlossen!

174 Immer wieder kommt es zu Leaks sogenannter Hacking-Werkzeuge verschiedener
175 Geheimdienste. Bei diesen Hacking-Werkzeugen handelt es sich meist um gesammelte
176 Sicherheitslücken, die dann für Staatstrojaner und die Infiltration von IT-
177 Systemen genutzt werden. Niemand kann garantieren, dass diese Schwachstellen
178 nicht irgendwann bekannt gemacht werden und für kriminelle Zwecke genutzt
179 werden. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass staatliche Stellen
180 Sicherheitslücken schließen und nicht missbrauchen. Für die Verfolgung Einzelner
181 darf nicht die Datensicherheit Vieler in Gefahr gebracht werden. Software wird
182 immer Schwachstellen haben, umso wichtiger ist es, dass jede bekannte
183 Sicherheitslücke geschlossen wird. Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Bayern
184 eine Meldepflicht für Sicherheitslücken.

185 Für Datensouveränität - gegen Staatstrojaner!

186 Mit Staatstrojanern versuchen Sicherheitsbehörden, digitale Geräte auszuspähen.

187 Die neuesten Trojaner können beispielsweise Screenshots von Chatverläufen machen

188 und somit die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung von verschlüsselten Messenger-

189 Diensten umgehen. Betroffene erfahren - wenn überhaupt - erst lange nach der

190 Maßnahme davon. Für die GRÜNE JUGEND Bayern gehen diese Eingriffe in die

191 Privatsphäre entschieden zu weit! Wir treten für Datensouveränität und den

192 Schutz privater Kommunikation ein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deswegen das

193 Ende des Einsatzes von Staatstrojanern und allgemein der staatlichen, heimlichen

194 Online-Durchsuchung.

Begründung

Erfolgt mündlich.